



INFORMATION

**für Bezieher/innen einer
Invaliditäts- bzw.
Berufsunfähigkeitspension**

PENSIONSVERSICHERUNGSANSTALT



Sehr geehrte Frau!
Sehr geehrter Herr!

Sie gehören auf Grund des Pensionsbezuges nunmehr dem großen Kreis der von uns zu betreuenden Personen an.

Da der Pensionsbezug verschiedene Rechte und Pflichten beinhaltet, ist es für Sie besonders wichtig, über einige sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen Bescheid zu wissen. Wir dürfen Sie daher bitten, diese Broschüre aufmerksam zu lesen.

Die vorliegende Ausgabe gründet sich auf den Stand der gesetzlichen Grundlagen vom 1. Jänner 2019.

Ergänzend dazu stehen Ihnen geschulte Fachkräfte in unseren Dienststellen und an Sprechtagen für Detailauskünfte und Einzelberatungen zur Verfügung. Weitere Informationen finden Sie auch im Internet auf www.pensionsversicherung.at.

Als kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen ist es unser Ziel, Ihnen unter Ausschöpfung der gesetzlichen Möglichkeiten rasch und unbürokratisch zu helfen.

Ihre
PENSIONSVERSICHERUNGSANSTALT

IN DIESER BROSCHÜRE FINDEN SIE:

	Seite
Feststellung der Pension.....	3
Anfall der Pension	4
Auszahlung der Pension	5
Erstmalige Pensionsanpassung.....	5
Pension und Erwerbseinkommen	6
Entziehung der Pension	7
Ausgleichszulage	8
Pflegegeld	9
Kinderzuschuss.....	10
Sonderzahlungen	11
Ruhen der Pension	12
Familienbeihilfe	12
Versteuerung der Pension.....	13
Absetzbeträge	14
Rückerstattung der Beiträge zur Sozialversicherung.....	16
Lohnsteuerbegünstigungen.....	16
Aufrollung der Lohnsteuer.....	17
Arbeitnehmerveranlagung.....	18
Krankenversicherung	19
Wohnsitzwechsel	20
Pensionsüberweisung auf ein Girokonto.....	21
Meldehinweise	22
Gebührenbefreiungen	24
Ermässigungen	25
Beratungs- und Auskunftsdienst	26
Dienststellen.....	27
Wichtiger Hinweis.....	28

FESTSTELLUNG DER PENSION

BESCHEID

Über den Anspruch auf Pension wird mit Bescheid entschieden. Dieser Bescheid erlangt Rechtskraft, wenn Sie nicht binnen drei Monaten nach dessen Zustellung Klage erheben.

VERSTÄNDIGUNG

Wurde Ihnen mittels einer „Verständigung“ ein Vorschuss auf die Pension gewährt, so bedeutet dies, dass die Voraussetzungen für eine endgültige Pensionsfestsetzung noch nicht gegeben sind. Wir sind jedoch bemüht, das Feststellungsverfahren so rasch wie möglich abzuschließen und einen Bescheid zu erteilen.

Der BESCHEID (die VERSTÄNDIGUNG) ist ein Dokument, das Sie als Nachweis über Ihren Pensionsbezug noch öfters benötigen werden.

Wir empfehlen Ihnen daher, dieses Dokument sorgsam aufzubewahren.

DAUERNDE IV/BU-PENSION

Ohne zeitliche Befristung wird die Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension nur dann zuerkannt, wenn auf Grund des körperlichen oder geistigen Zustandes dauernde Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit anzunehmen ist und keine Besserung durch medizinische oder berufliche Rehabilitation wahrscheinlich ist.

BEFRISTETE IV/BU-PENSION

Eine **befristete Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension** gebührt Personen, die **bis 31. Dezember 1963 geboren** sind, wenn vorübergehende Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit mindestens sechs Monate vorliegt. Grundsätzlich wird die Pension für die Dauer von längstens 24 Monaten zuerkannt. Besteht die Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit nach Ablauf der Befristung weiter, so ist die Pension auf Antrag jeweils für die Dauer von längstens 24 Monaten weiter zuzuerkennen, sofern die Weitergewährung innerhalb von drei Monaten nach dem Wegfall beantragt wird.

ANTRAG AUF WEITERGEWÄHRUNG

Tritt während des Bezuges einer befristeten Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension keine Besserung des Gesundheitszustandes ein, wird zwecks allfälliger Weitergewährung der Pension empfohlen, einen diesbezüglichen Antrag bereits **drei Monate vor dem Wegfall** der Leistung einzubringen. Damit wird sichergestellt, dass keine gravierende (vorläufige) Unterbrechung des Pensionsbezuges eintritt.

REHABILITATIONSGELD / UMSCHULUNGSGELD

Gilt für Personen, die ab 1. Jänner 1964 geboren sind

Rehabilitationsgeld

Bei Vorliegen von vorübergehender Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit von mindestens sechs Monaten gebührt zwar keine Pension, stattdessen jedoch bei Erfüllung der erforderlichen Voraussetzungen ein Rehabilitationsgeld.

Umschulungsgeld

Wird in Verbindung mit einem Antrag auf Invaliditäts- oder Berufsunfähigkeitspension ein Rechtsanspruch auf berufliche Maßnahmen der Rehabilitation mit Bescheid festgestellt, besteht bei Erfüllung der weiteren Voraussetzungen ein Anspruch auf Umschulungsgeld.

ANFALL DER PENSION

Für den Anfall einer Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension ist die Aufgabe bzw. Karenzierung der Tätigkeit, auf Grund welcher der/die Versicherte als invalid bzw. berufsunfähig gilt, erforderlich (Ausnahme: Bei Anspruch auf Pflegegeld ab der Stufe 3).

Als Aufgabe der Tätigkeit gilt:

- Die formale Lösung des betreffenden Dienstverhältnisses.
- Für den Fall, dass eine Pension nur **befristet** zuerkannt wird, **auch**
 - eine mindestens für die Dauer der Befristung vereinbarte **Karenzierung** gegen Entfall der Bezüge bzw.
 - für Inhaber/innen eines rechtskräftigen Bescheides über die Feststellung der Zugehörigkeit zum Kreis der begünstigten Behinderten im Sinne des Behinderteneinstellungsgesetzes (mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von zumindest 50 %) der Nachweis, dass für den Zeitraum der Befristung keine Arbeitsleistung erbracht wird und auch der Anspruch auf Entgelt erschöpft ist.

Nach medizinischen oder beruflichen Maßnahmen der Rehabilitation fällt die Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension erst dann an, wenn trotz durchgeführter Rehabilitationsmaßnahmen eine Wiedereingliederung in das Berufsleben nicht bewirkt werden kann.

AUSZAHLUNG DER PENSION

Die **Auszahlung** der Pension erfolgt im **Nachhinein**, jeweils am Ersten des folgenden Monats.

Fällt dieser Tag auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, wird die Pension so zeitgerecht angewiesen, dass sie am letzten Werktag davor verfügbar ist.

Solange Sie in Österreich wohnhaft sind, erfolgt die Anweisung Ihrer Pension grundsätzlich bargeldlos **auf ein Konto** bei einem österreichischen Geldinstitut (Bank, Sparkasse, Postsparkasse). Eine Barzahlung im Postweg wird nur über Ihren ausdrücklichen Wunsch durchgeführt.

Die **Auszahlung** der Pension erfolgt grundsätzlich **an die Pensionsberechtigten / den Pensionsberechtigten** selbst.

Die Pension einer in ihrer Geschäftsfähigkeit eingeschränkten Person wird an seine/ihre gesetzliche Vertretung ausgezahlt, wenn diese auch mit der Empfangnahme der Pension betraut wurde.

ERSTMALIGE PENSIONSANPASSUNG

IM 2. JAHR DES PENSIONSBEZUGES

Die erstmalige Pensionserhöhung einer Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension erfolgt mit Wirksamkeit ab dem **1. Jänner des zweitfolgenden Kalenderjahres** nach dem Pensionsstichtag.

Beispiel: Pensionsstichtag: im Kalenderjahr 2019
Erstmalige Pensionserhöhung: 1.1.2021

PENSION UND ERWERBSEINKOMMEN

TEILPENSION

(Teilpensionsregelung bei Stichtagen ab 1.1.2001)

Bezieht eine Person, die Anspruch auf eine Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension hat, in einem Kalendermonat ein Erwerbseinkommen über der Geringfügigkeitsgrenze (siehe Beilageblatt), so wandelt sich der Anspruch auf die ermittelte Pension für diesen Kalendermonat in einen Anspruch auf **Teilpension**. Sofern das Gesamteinkommen einen bestimmten Grenzwert übersteigt, wird die Vollpension um einen Anrechnungsbetrag vermindert. Ansonsten gebührt die Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension im vollen Ausmaß.

Der Anrechnungsbetrag darf jedoch weder 50 % der Leistung noch das Erwerbseinkommen übersteigen.

Die maßgeblichen Grenzwerte und die Ermittlung des Anrechnungsbetrages finden Sie ebenfalls im Beilageblatt.

Das Gesamteinkommen ist die Summe aus Vollpension (ohne den besonderen Steigerungsbetrag) und dem Erwerbseinkommen (brutto).

Eine Neufeststellung der Teilpension erfolgt

- aus Anlass einer Pensionsanpassung nach § 108h ASVG
- bei jeder Neuaufnahme einer Erwerbstätigkeit
- auf besonderen Antrag des Pensionsbeziehers / der Pensionsbezieherin
- bei Durchführung des Jahresausgleichs.

HINWEIS

Für Bezieher einer Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension mit einem Stichtag vor dem 1.1.2001 bleiben die vor dem 1.1.2001 geltenden Bestimmungen in Kraft; bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit bzw. bei Änderung des Erwerbseinkommens ist ein allfälliger Zurechnungszuschlag neu festzustellen bzw. kann zur Gänze wegfallen.

ENTZIEHUNG DER PENSION

Wegen dauernder Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit zuerkannte Pensionen sind zu entziehen, wenn sich der Gesundheitszustand des Pensionsbeziehers / der Pensionsbezieherin so weit gebessert hat, dass die für die Leistungsgewährung maßgeblichen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen.

NACHUNTERSUCHUNG

Sofern mit einer solchen Besserung des Gesundheitszustandes zu rechnen ist, sind von der Pensionsversicherungsanstalt in angemessenen Zeitabständen entsprechende Nachuntersuchungen durchzuführen.

Die Ausübung einer Erwerbstätigkeit kann ebenfalls zu einer Überprüfung der Invalidität bzw. Berufsunfähigkeit und in weiterer Folge zur Entziehung der Leistung führen.

Nach Vollendung des Regelpensionsalters (60. Lebensjahr bei Frauen, 65. Lebensjahr bei Männern) ist eine Entziehung nicht mehr zulässig.

AUSGLEICHSZULAGE

Bei der Pensionsbemessung kann auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Pensionisten/Pensionistinnen nicht Bedacht genommen werden. Diese Aufgabe hat die Ausgleichszulage; sie **sichert** jedem/jeder Pensionsberechtigten unter Berücksichtigung des Familienstandes **ein gewisses Mindesteinkommen**.

Anspruch auf Ausgleichszulage besteht, **wenn** die **Pension** (brutto) **und** das sonstige anzurechnende **Nettoeinkommen** sowie allfällige **Unterhaltsansprüche** eine bestimmte Einkommens-Mindestgrenze, **den Richtsatz, nicht erreichen**. Sie **gebührt nur, solange der/die Pensionist/in selbst bzw. die im Richtsatz berücksichtigten Angehörigen ihren rechtmäßigen, gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben**.

BEGINN

Der Anspruch auf Ausgleichszulage ist erstmalig auf Grund des Pensionsantrages festzustellen. Die Ausgleichszulage gebührt frühestens ab dem Tag, an dem die Voraussetzungen für den Anspruch erfüllt sind. Entsteht der Anspruch erst später, so ist innerhalb eines Monats ein entsprechender Antrag zu stellen. Bei verspäteter Antragstellung wird die Ausgleichszulage rückwirkend frühestens ab dem der Antragstellung vorangegangenen vollen Kalendermonat ausbezahlt. Eine rechtzeitige Antragstellung liegt daher im Interesse des Pensionsbeziehers bzw. der Pensionsbezieherin.

HÖHE UND RICHSATZ

Die Ausgleichszulage gebührt in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen der Summe aus Pension (brutto), sonstigem anzurechnenden Nettoeinkommen sowie allfälligen Unterhaltsansprüchen einerseits und dem Richtsatz andererseits.

Die Höhe des für Sie in Betracht kommenden Richtsatzes finden Sie im Beilageblatt.

JAHRESAUSGLEICH

Hat ein Pensionist / eine Pensionistin in einem Kalenderjahr sonstige monatliche Nettoeinkünfte, die bei der Feststellung der Ausgleichszulage zu berücksichtigen waren, weniger als 14 mal jährlich oder in unterschiedlicher Höhe bezogen, wird von der Pensionsversicherungsanstalt ein Jahresausgleich durchgeführt. Ein Jahresausgleich wird auch durchgeführt, wenn nur für Teile eines Kalenderjahres Anspruch auf Pension bestanden hat.

Weitere Informationen finden Sie im Folder Nr. 8 „Ausgleichszulage“.

PFLEGEgeld

Das Bundespflegegeldgesetz (BPGG) regelt ein bundeseinheitliches und bedarfsorientiertes Pflegegeld. Dieses gebührt über **Antrag** ohne Rücksicht auf die Ursache der Pflegebedürftigkeit und wird zwölfmal jährlich ohne Abzüge ausgezahlt.

ANSPRUCHSVORAUSSETZUNGEN

Bei gewöhnlichem Aufenthalt im Inland und Bezug einer Grundleistung (zB Pension) oder Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft (bzw. einer der österreichischen Staatsbürgerschaft gleichgestellten Staatsbürgerschaft) kann nach Antragstellung und Erfüllung der sonstigen Voraussetzungen Anspruch auf Pflegegeld bestehen. Das Pflegegeld ist je nach erforderlichem Pflegebedarf in sieben Stufen gegliedert.

Auf das Pflegegeld werden alle in- und ausländischen pflegebezogenen Geldleistungen angerechnet, ebenso bestimmte Pflegesachleistungen aus einem EU-, EWR-Mitgliedstaat und der Schweiz.

Das Pflegegeld wird auch bei Verlegung des gewöhnlichen Aufenthaltes in einen EU-, EWR-Mitgliedstaat oder die Schweiz ausgezahlt, sofern die anspruchsberechtigte Person weiterhin der österreichischen Krankenversicherung unterliegt.

Nähere Bestimmungen über die Beurteilung des Pflegebedarfes sind durch eine Verordnung festgelegt.

BEGINN UND ENDE DES ANSPRUCHES

Das Pflegegeld gebührt frühestens mit Beginn des auf die Antragstellung folgenden Monats. Der Anspruch auf Pflegegeld erlischt mit dem Todestag des/der Anspruchsberechtigten; in diesem Kalendermonat wird der verhältnismäßige Teil des Pflegegeldes ausgezahlt.

Die Höhe des Pflegegeldes (in 7 Stufen) finden Sie im Beilageblatt.

Weitere Informationen finden Sie im Folder Nr. 10 „Pflegegeld“.

KINDERZUSCHUSS

Für jedes Kind gebührt – allerdings jeweils nur einer Person – ein Kinderzuschuss. Der Kinderzuschuss beträgt monatlich EUR 29,07.

BIS ZUM VOLLENDETEN 18. LEBENSJAHR

Bis zum vollendeten 18. Lebensjahr gebührt der Kinderzuschuss ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens auch dann, wenn das Kind erwerbstätig ist.

Als Kinder gelten **bis zum vollendeten 18. Lebensjahr**:

- die Kinder und die Wahlkinder des Pensionisten / der Pensionistin;
- Stiefkinder, die mit dem Pensionisten / der Pensionistin ständig in Hausgemeinschaft leben;
- Enkelkinder, die mit dem Pensionisten / der Pensionistin ständig in Hausgemeinschaft leben, ihm/ihr gegenüber im Sinne des § 232 ABGB unterhaltsberechtigt sind und beide ihren Wohnsitz im Inland haben.

NACH VOLLENDUNG DES 18. LEBENSJAHRES

Die Kindeseigenschaft **nach Vollendung des 18. Lebensjahres** verlängert sich nur dann, wenn das Kind

- in Schul- oder Berufsausbildung steht, die seine Arbeitskraft überwiegend beansprucht, höchstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres und bei Studium entweder **Familienbeihilfe** bezogen wird oder zwar keine Familienbeihilfe bezogen wird, jedoch ein ordentliches Studium ernsthaft und zielstrebig (§ 2 Abs. 1 lit. b Familienlastenausgleichsgesetz in der Fassung vom 1.9.1992) betrieben wird.
- als Teilnehmerin bzw. Teilnehmer am Freiwilligen Sozialjahr, am Freiwilligen Umweltschutzjahr, am Gedenkdienst im In- und Ausland oder am Friedens- und Sozialdienst im Ausland tätig ist, längstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, oder
- erwerbsunfähig ist, sofern die Krankheit oder das Gebrechen vor Vollendung des 18. Lebensjahres oder während einer Schul- oder Berufsausbildung, der Teilnahme am Freiwilligen Sozialjahr, Freiwilligen Umweltschutzjahr, Gedenkdienst im In- und Ausland oder am Friedens- und Sozialdienst im Ausland eingetreten ist.
- Die Weitergewährung des Kinderzuschusses muss innerhalb von drei Monaten nach Vollendung des 18. Lebensjahres beantragt werden, damit im Anspruch keine Unterbrechung eintritt.

Fallen die Voraussetzungen für die Weitergewährung weg, so wird die Auszahlung des Kinderzuschusses mit Ablauf des Monats eingestellt, in dem der Wegfallgrund eingetreten ist bzw. bei Wegfall der Erwerbsunfähigkeit mit Ende des Monats, der auf die Bescheidzustellung folgt.

SONDERZAHLUNGEN

Wenn Sie in den Monaten **April** bzw. **Oktober** Anspruch auf Pension haben, erhalten Sie eine Sonderzahlung.

AUSMASS

Sie gebührt in der Höhe der für den Monat April bzw. Oktober ausgezahlten Pension einschließlich des Kinderzuschusses und der Ausgleichszulage.

ALIQOTIERUNG

Die **erstmalige Sonderzahlung gebührt nur anteilmäßig**, wenn im jeweiligen Sonderzahlungsmonat und in den letzten 5 Monaten davor die Pension nicht durchgehend bezogen wurde. Dabei vermindert sich die Höhe der Sonderzahlung je Kalendermonat ohne Pensionsbezug um ein Sechstel.

Das gänzliche oder teilweise Ruhen der Pension auf Grund eines Krankengeldbezuges bleibt außer Betracht.

Beispiel mit Pensionsbeginn im Februar 2019:

Vor dem Sonderzahlungsmonat April liegen 2 weitere Monate (gesamt 3 Monate mit Februar, März, April), somit beträgt das Ausmaß der Sonderzahlung $\frac{3}{6}$ (= $\frac{1}{2}$) der im April gebührenden Pension.

RUHEN DER PENSION

Unter bestimmten Voraussetzungen kommt es zu einem vollständigen oder teilweisen Ruhen der Pension.

Unter Ruhen versteht man, dass der Pensionsanspruch dem Grunde nach bestehen bleibt, jedoch die Pension bzw. ein Teil derselben nicht gezahlt wird, solange bestimmte Hinderungsgründe vorliegen.

ZUSAMMENTREFFEN EINER PENSION MIT KRANKENGELD

Fällt die Pension während des Bezuges von Krankengeld an, so ruht sie für die weitere Dauer des Krankengeldbezuges im Ausmaß des monatlichen Krankengeldes.

Die Pension ruht auch dann, wenn erst nach Pensionsbeginn ein Anspruch auf Krankengeld entsteht. Das Ruhen tritt auch dann ein, wenn der Krankengeldanspruch verwirkt oder versagt ist.

Ist das Krankengeld höher als die Pension, so ruht mit Ausnahme des Kinderzuschusses und des besonderen Steigerungsbetrages (für Höherversicherungsbeiträge) die gesamte Pension.

Ist das Krankengeld geringer als die Pension, wird der Differenzbetrag zwischen dem Krankengeld und der vollen Pension ausgezahlt.

Bei Bezug einer Teilpension finden die Ruhensbestimmungen keine Anwendung.

WEITERER RUHENSGRUND

Die Pension ruht für die Dauer einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Monat. An der strafbaren Handlung nicht mitschuldige Angehörige haben über Antrag Anspruch auf einen Teil der Pension.

Die Pension **ruht nicht**, wenn die Freiheitsstrafe durch elektronisch überwachten Hausarrest (Fußfessel) vollzogen wird.

FAMILIENBEIHILFE

ANSPRUCH, ANTRAG UND AUSZAHLUNG

Auch Pensionsbezieher/innen erhalten für ihre anspruchsberechtigten Kinder Familienbeihilfe.

Zuständig dafür ist das **Wohnsitzfinanzamt**, welches auch die Auszahlung vornimmt.

VERSTEUERUNG DER PENSION

Die Pensionen und Pensionssonderzahlungen (13. u. 14. Pension) unterliegen entsprechend den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes der Besteuerung. Die Steuerbeträge werden vom zuständigen Versicherungsträger berechnet, von der Pension abgezogen und an die Steuerbehörde abgeführt.

BESONDERER STEIGERUNGSBETRAG

Ist in der Pension ein **besonderer Steigerungsbetrag** auf Grund einer Höherversicherung enthalten, werden von diesem in der Regel nur 25 % versteuert. Eine Steuerbefreiung gibt es für den aus einer prämienbegünstigten Beitragsleistung entstehenden besonderen Steigerungsbetrag.

SONDERZAHLUNGEN

Die im April und Oktober gebührenden **Sonderzahlungen** werden nach Abzug des Beitrages für die Krankenversicherung mit einem festen Steuersatz versteuert. Sie sind bis zu einem Betrag von EUR 620,- im Jahr und unter Berücksichtigung der Freigrenze steuerfrei. Es wird also nur der Betrag versteuert, um den beide Sonderzahlungen im Jahr zusammen EUR 620,- übersteigen. Für die Sonderzahlung Oktober kann sich daher ein geringerer Auszahlungsbetrag ergeben als für die Sonderzahlung April.

VERSTEUERUNG MEHRERER PENSIONEN

Mehrere **gesetzliche Pensionen** aus der Sozialversicherung bzw. Beamtenpensionen (Ruhe-Versorgungsgenuss) sind **gemeinsam** zu versteuern. Weiters werden zur gemeinsamen Versteuerung (gem. § 47 Abs. 4 EStG) herangezogen: Bezüge und Vorteile aus inländischen Pensionskassen sowie aus einem früheren Dienstverhältnis zum Bund, zu einem Bundesland, zur Gemeinde Wien, zur Post oder zur Bundesbahn; Ruhe(Versorgungs)bezüge im Sinne des Bezügesgesetzes; Bezüge aus betrieblichen Kollektivversicherungen.

Grundsätzlich hat die gemeinsame Versteuerung jene Stelle vorzunehmen, die den **höchsten** steuerpflichtigen Bezug auszahlt. Wird neben der Pension eine Leistung aus einer Pensionskasse oder betriebliche Kollektivversicherung bezogen, ist in der Regel der Pensionsversicherungsträger für die gemeinsame Versteuerung zuständig. Kann jedoch die gemeinsame Versteuerung auf Grund besonderer Gegebenheiten von der auszahlenden Stelle nicht durchgeführt werden, ist eine Veranlagung beim Finanzamt zu veranlassen.

Durch die gemeinsame Versteuerung Ihrer Leistungen werden Steuernachforderungen bzw. Steuervorauszahlungen im Wege der Veranlagung vermieden.

SOZIALVERSICHERUNGS- UND BETRIEBSPENSION

Wird neben einer Pension aus der gesetzlichen Sozialversicherung auch eine **Firmenpension** ausgezahlt, so **kann** der Sozialversicherungsträger **über Antrag** einer gemeinsamen Versteuerung dieser Bezüge mit Einverständnis des früheren Dienstgebers **zustimmen**.

ABTRETUNG DER PENSION

Wird die Pension aus der gesetzlichen Sozialversicherung **an den früheren Arbeitgeber** abgetreten, weil auch dieser Pensionsbezüge auszahlt, so hat er sowohl die **Versteuerung** als auch die **Auszahlung** aller Leistungen vorzunehmen.

ABSETZBETRÄGE

Von der nach dem Steuertarif berechneten Lohnsteuer werden die so genannten **Absetzbeträge** abgezogen, sofern die Voraussetzungen zutreffen.

ALLEINVERDIENERABSETZBETRAG

Pensionisten/Pensionistinnen steht ein **Alleinverdienerabsetzbetrag** zu, wenn sie

- mehr als 6 Monate im Kalenderjahr verheiratet oder eingetragene Partner/innen sind und von ihrem/ihrer Ehepartner/in bzw. eingetragenen Partner/in nicht dauernd getrennt leben oder mehr als 6 Monate im Kalenderjahr eine Lebensgemeinschaft führen **und**
- mindestens ein Kind, für das Familienbeihilfe bezogen wird, vorhanden ist.

Weitere Voraussetzung ist, dass der/die Ehepartner/in bzw. eingetragene Partner/in bzw. Lebensgefährte/Lebensgefährtin keine höheren Einkünfte als jährlich EUR 6.000,- erzielt.

ALLEINERZIEHERABSETZBETRAG

Einem/Einer Alleinerzieher/in mit mindestens einem Kind, der/die mehr als 6 Monate im Jahr in keiner Ehe bzw. Lebensgemeinschaft lebt und ein Familienbeihilfenbezug vorliegt, steht der **Alleinerzieherabsetzbetrag** zu.

PENSIONISTENABSETZBETRAG

Der Pensionistenabsetzbetrag wird automatisch bei der Berechnung der Lohnsteuer berücksichtigt.

Pensionisten/Pensionistinnen, deren Pensionseinkünfte den jährlichen Betrag von EUR 17.000,- nicht übersteigen, steht ein **Pensionistenabsetzbetrag** von EUR 400,- jährlich zu. Der Pensionistenabsetzbetrag vermindert sich gleichmäßig einschleifend zwischen zu versteuernden Pensionseinkünften von EUR 17.000,- und EUR 25.000,- auf Null.

ERHÖHTER PENSIONISTENABSETZBETRAG

Pensionisten/Pensionistinnen, deren zu versteuerndes Einkommen (Bruttopension abzüglich Krankenversicherungsbeitrag und eventuellen Beiträgen zu Gewerkschaften oder zu Pensionistenorganisationen) den Betrag von EUR 19.930,- jährlich (= max. EUR 1.750,- monatlich brutto) nicht übersteigt, mehr als 6 Monate im Kalenderjahr in einer Ehe oder eingetragenen Partnerschaft leben und die Ehepartner oder die eingetragenen Partner nicht dauernd getrennt leben, die keinen Anspruch auf Alleinverdienerabsetzbetrag haben und deren Ehepartner/innen bzw. eingetragene Partner/innen keine höheren Einkünfte als jährlich EUR 2.200,- erzielen, steht der volle erhöhte Pensionistenabsetzbetrag von **jährlich EUR 764,-** zu. Dieser Betrag vermindert sich gleichmäßig einschleifend zwischen zu versteuernden laufenden Pensionseinkünften von jährlich EUR 19.930,- und EUR 25.000,- (= max. EUR 2.195,30 monatlich brutto) auf Null. Der entsprechende Pensionistenabsetzbetrag wird **automatisch** bei der Versteuerung berücksichtigt.

FAMILIENBONUS PLUS

Der Familienbonus Plus reduziert die errechnete jährliche Lohnsteuer. Voraussetzung dafür ist der Bezug der Familienbeihilfe. Bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres stehen jährlich bis zu EUR 1.500,- und danach EUR 500,16 pro Kind zu. Der Familienbonus Plus kann entweder monatlich durch den Dienstgeber bzw. die pensionsauszahlende Stelle oder im Nachhinein im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung geltend gemacht werden.

Für Kinder, die ständig in einem anderen Mitgliedstaat der EU, einem EWR-Staat oder der Schweiz leben, erfolgt eine Indexierung (Erhöhung oder Verminderung) des Familienbonus Plus sowie des Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrages.

ERKLÄRUNG VORLEGEN

Zur Berücksichtigung des **Alleinverdiener-/Alleinerzieherabsetzbetrages bzw. des erhöhten Pensionistenabsetzbetrages und des Familienbonus Plus** ist der Pensionsversicherungsanstalt eine Erklärung auf dem **amtlichen Formular** (E 30) vorzulegen.

Der Absetzbetrag darf nur bei **einer** Stelle beantragt werden und der Wegfall der Voraussetzungen für den Absetzbetrag ist innerhalb eines Monats mit dem Formular E 30 zu melden.

Ergibt sich keine Lohnsteuer oder ist sie so niedrig, dass sich der Absetzbetrag nicht auswirkt, und ist mindestens ein Kind vorhanden, kommt es im Wege der Veranlagung zu einer Erstattung.

RÜCKERSTATTUNG DER BEITRÄGE ZUR SOZIALVERSICHERUNG

Pensionisten und Pensionistinnen, die auf Grund ihrer geringen Pension keine Lohnsteuer zahlen, erhalten im Rahmen der Veranlagung eine Rückerstattung von 50 % der Sozialversicherungsbeiträge, maximal jedoch EUR 110,- im Jahr. Die Rückerstattung vermindert sich um Ausgleichszulagen oder Ergänzungszulagen, die auf Grund sozialversicherungs- oder pensionsrechtlicher Vorschriften gewährt werden.

LOHNSTEUERBEGÜNSTIGUNGEN

FREIBETRÄGE

Lohnsteuerbegünstigungen in Form von **Freibeträgen** können jene Personen in Anspruch nehmen, denen von ihrer Pension Lohnsteuer abgezogen wird. Die Freibeträge vermindern die Lohnsteuerbemessungsgrundlage (Pension) vor Ermittlung der Steuer.

ANTRAG BEI DER PENSIONSVERSICHERUNGSANSTALT

Freibeträge (Pauschalbeträge) wegen **Behinderung und Diätverpflegung** (Diabetes, Tuberkulose, Leber-, Gallen-, Nieren-, Magenleiden oder andere innere Krankheiten) können bei der Pensionsversicherungsanstalt direkt geltend gemacht werden. Bei Alleinverdienern/Alleinverdienerinnen ist dies auch für den/die Ehepartner/in bzw. eingetragene/n Partner/in (Lebensgefährten/Lebensgefährtin mit Kind) möglich.

Es ist eine **amtliche Bescheinigung** des Sozialministeriumservice (früher Bundessozialamt) bzw. des Unfallversicherungsträgers vorzulegen.

Der Freibetrag wegen einer Behinderung steht jedoch nur dann zu, wenn keine pflegebedingte Geldleistung bezogen wird.

ANTRAG BEIM FINANZAMT

Für die Geltendmachung von Freibeträgen für **Sonderausgaben** ist ein Antrag auf Arbeitnehmer-**Veranlagung** beim Finanzamt zu stellen (Frist 5 Jahre).

Beiträge für eine freiwillige Weiterversicherung einschließlich des Nachkaufs von Versicherungszeiten in der gesetzlichen Pensionsversicherung (und vergleichbare Beiträge an Versorgungs- und Unterstützungseinrichtungen der Kammern der selbständig Erwerbstätigen) sind auch weiterhin – zur Gänze – als Sonderausgaben absetzbar.

AUFROLLUNG DER LOHNSTEUER

Gewerkschaftsbeiträge oder Beiträge zu Pensionistenorganisationen können bei der **Pensionsversicherungsanstalt** als steuermindernde Beträge geltend gemacht werden.

Die **Zahlungsbelege** müssen rechtzeitig im **Dezember** vorgelegt werden.

Eine Neuberechnung der Lohnsteuer im laufenden Jahr führt die Pensionsversicherungsanstalt aber nur dann durch, wenn

- ein ganzjähriger Pensionsbezug und Wohnsitz im Inland vorliegt,
- von Ihrer Pension eine Lohnsteuer in Abzug gebracht wurde und keine Änderung der Lohnsteuerdaten im Jahr vorliegt

- im laufenden Kalenderjahr kein Krankengeld ausbezahlt wurde und
- kein Freibetragsbescheid vom Finanzamt vorlag.

Treffen diese Voraussetzungen nicht zu, ist das Finanzamt zuständig (Veranlagung – Antragsfrist 5 Jahre).

ARBEITNEHMERVERANLAGUNG

Diese ist über **Antrag** (Arbeitnehmerveranlagung – Formular L 1 oder Finanz-Online) oder **amtswegig** (Pflichtveranlagung durch das Finanzamt bei mehreren getrennt versteuerten Einkünften) vorzunehmen.

Die **Jahres-Lohnzettel** für jedes Beschäftigungs- bzw. Pensionsverhältnis werden dem Finanzamt **automatisch** im Februar übermittelt.

Im Wege der Veranlagung berechnet das Finanzamt die Steuer für alle Einkünfte des abgelaufenen Jahres neu.

Dabei kann es zu Steuerrückzahlungen oder Steuernachforderungen (Veranlagungsjahr) und Steuervorauszahlungen (Folgejahr) kommen.

Spenden, Kirchenbeiträge oder Beiträge für die freiwillige Weiterversicherung oder für den Nachkauf von Versicherungszeiten werden in der Pensionsversicherung vollautomatisch steuerlich berücksichtigt.

Für weitere Auskünfte steht Ihnen Ihr zuständiges Finanzamt zur Verfügung.

KRANKENVERSICHERUNG

Bei ständigem Wohnsitz in Österreich sind Sie selbstverständlich auch als Pensionsbezieher/in krankenversichert.

Waren Sie bisher bei der **Gebietskrankenkasse** versichert, so wird die Krankenversicherung von der für Ihren Wohnsitz zuständigen Gebietskrankenkasse durchgeführt.

Waren Sie jedoch vor Aufgabe der Beschäftigung bei einer **Betriebskrankenkasse** oder der **Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVA)** oder **Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB)** oder einer **Krankenfürsorgeeinrichtung** krankenversichert, so bleiben Sie auch als Pensionist/in bei der bisherigen Krankenkasse versichert.

Die Angehörigen sind, soweit sie keine eigene Krankenversicherung haben, **mitversichert**.

Bei Inanspruchnahme einer Leistung aus der Krankenversicherung (zB Besuch des Hausarztes / der Hausärztin) ist die **e-card** vorzuweisen.

Grundsätzlich sind Pensionisten/Pensionistinnen von der Entrichtung des Service-Entgelts für die e-card befreit.

Liegt der Stichtag im 1. Quartal eines Kalenderjahres (1. Jänner, 1. Februar, 1. März), wird das Service-Entgelt von 11,70 Euro auf Antrag von der zuständigen Krankenkasse rückerstattet, wenn dieses im Voraus entrichtet wurde.

Als Nachweis gilt der Gehaltszettel, auf dem der Abzug des Service-Entgeltes zu ersehen ist, oder eine gesonderte Bestätigung des Dienstgebers / der Dienstgeberin.

BEITRAG

Von jeder auszuzahlenden Pension und Pensionssonderzahlung inklusive Ausgleichszulage und Kinderzuschuss ist ein **Beitrag zur österreichischen Krankenversicherung** im Ausmaß von 5,1 % zu entrichten. In derselben Höhe ist **seit Oktober 2011** auch von einer – mit einer inländischen Pensionsleistung vergleichbaren – ausländischen Pension bzw. Rente ein Beitrag zur Krankenversicherung zu entrichten, sofern ein Anspruch auf Leistungen aus der österreichischen Krankenversicherung besteht.

Ausgenommen sind lediglich Waisenpensionen.

HINWEIS

In der Regel wird der Beitrag automatisch von der Pension abgezogen. Übersteigt der gesamte Krankenversicherungsbeitrag die Höhe der österreichischen Pensionsleistung, hat der zuständige Krankenversicherungsträger die Beitragseinhebung in Form eines Differenzbetrages vorzunehmen.

Wenden Sie sich bitte mit allen Fragen, die die Krankenversicherung betreffen, an Ihre zuständige Krankenkasse.

WOHNSITZWECHSEL

Damit Sie über Ihre Pension jederzeit verfügen können, möchten wir auf Folgendes hinweisen:

- Bei vorübergehender Aufenthaltsveränderung innerhalb Österreichs setzen Sie sich bitte mit Ihrem Geldinstitut in Verbindung.
- Informationen bei Barzahlung im Postweg erhalten Sie bei Ihrem zuständigen Postamt. Sie können aber auch die Pensionsversicherungsanstalt direkt schriftlich (genaue Anschrift und Versicherungsnummer) oder persönlich ersuchen, Ihnen die Pension für einen bestimmten Zeitraum an den Aufenthaltsort zu senden.
- Sollten Sie Ihren Wohnsitz dauernd verlegen oder sich ins Ausland begeben, teilen Sie dies bitte jedenfalls der Pensionsversicherungsanstalt mit.

PENSIONSÜBERWEISUNG AUF EIN GIROKONTO

Der Gesetzgeber sieht vor, dass Geldleistungen der Sozialversicherung – daher auch Pensionen – grundsätzlich im Wege des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu erbringen sind, wenn und solange nicht ausdrücklich Barzahlung verlangt wird.

Dafür ist ein Konto zu beantragen („Konto für bargeldlose Pensionszahlung“), welches um die Haftung in der Form erweitert ist, dass nach dem Tod gutgeschriebene, aber nicht mehr zustehende Leistungen vom kontoführenden Geldinstitut an die anweisende Stelle rückzuüberweisen sind.

VORTEILE EINES KONTOS FÜR BARGELDLOSE PENSIONSZAHLUNG

Die Überweisung der Pension auf ein Girokonto bei einem Geldinstitut bietet viele Vorteile; wir möchten Sie auf die wichtigsten aufmerksam machen.

Durch die Gutschrift der Pension auf ein Konto bei einem Geldinstitut Ihres Vertrauens entfällt das Warten auf die Postzustellung. Sie müssen also am Tag der Auszahlung nicht zu Hause anwesend sein. Sie können Ihre Pension ab dem Gutschriftstag vom Konto jederzeit abheben und sind zeitlich nicht an einen bestimmten Termin gebunden.

Die Erteilung eines Dauer- oder Einziehungsauftrages ermöglicht es Ihnen auch, sich vom monatlichen Ausfüllen von Erlagscheinen und sonstigen Überweisungsaufträgen zu befreien.

Ferner können Sie auch anderen Personen eine Zeichnungsberechtigung für Ihr Girokonto erteilen.

Die Anweisung Ihrer Pension kann auch auf ein **Gemeinschaftskonto** erfolgen, wenn der/die Kontomitinhaber/in Ihr/e Ehepartner/in, Ihr Lebensgefährte / Ihre Lebensgefährtin oder ein naher Angehöriger bzw. eine nahe Angehörige ist.

Bei einem Gemeinschaftskonto

- entfallen doppelte Kontoführungsgebühren
- kann der/die Kontomitinhaber/in Ihre finanziellen Angelegenheiten erledigen (zB wenn Sie auf Grund einer Krankheit verhindert sind).

Weitere Auskünfte erhalten Sie bei jedem Geldinstitut.

MELDEHINWEISE

Die gesetzlichen Bestimmungen verpflichten alle Zahlungsempfänger/innen und Antragsteller/innen, jede Änderung, die die Bezugsberechtigung, die Leistungshöhe oder den Wohnsitz betrifft, rasch zu melden.

MELDEN SIE UNS BITTE
INNERHALB **VON 7 TAGEN**



(bei Anspruch auf WAISENPENSION binnen 2 Wochen)

- die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und die Höhe des Erwerbseinkommens, bei Bezug eines Kinderzuschusses auch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit des Kindes
- jede Änderung der Höhe des Erwerbseinkommens
- die Ausübung einer (öffentlichen) Funktion, für die Ihnen ein Bezug nach bezugrechtlichen Regelungen des Bundes, der Länder oder der Gemeinden oder eine sonstige Entschädigung zusteht sowie die Höhe und die Änderung des Einkommens
- den Erhalt einer Ersatzleistung für Urlaubsentgelt (Urlaubsabfindung / -entschädigung) oder einer Kündigungsentschädigung
- bei Bezug einer Ausgleichszulage auch den Anfall und jede Änderung des Erwerbseinkommens des Ehepartners / der Ehepartnerin bzw. des/der eingetragenen Partners/Partnerin, der im Richtsatz berücksichtigten Kinder und der im gemeinsamen Haushalt lebenden Eltern

MELDEN SIE UNS BITTE
INNERHALB **VON 2 WOCHEN**



- die Änderung des Wohnsitzes, jede Namensänderung sowie die Heirat bzw. die Eintragung einer Partnerschaft
- jede Zuerkennung, Neubemessung (außer der Pensions- oder Rentenanpassung) oder den Wegfall einer Pension bzw. Rente von einer anderen (in- bzw. ausländischen) Stelle
- den Krankengeldbezug aus einer österreichischen Krankenversicherung
- eine länger als einen Monat dauernde Freiheitsstrafe

- bei Bezug einer AUSGLEICHSZULAGE auch eine bevorstehende Auslandsreise und jede Änderung Ihrer sonstigen Einkünfte (auch die Gewährung eines Ausgedinges) und Ihres Personenstandes sowie den Anfall und jede Änderung sonstiger Einkünfte des Ehepartners / der Ehepartnerin bzw. des/der eingetragenen Partners/Partnerin, der im Richtsatz berücksichtigten Kinder und der im gemeinsamen Haushalt lebenden Eltern, sowie weiters einen Pensionsantrag des/der im gemeinsamen Haushalt lebenden Ehegatten/Ehegattin bzw. eingetragenen Partners/Partnerin oder des Kindes
- bei Bezug einer WITWEN-/WITWERPENSION bzw. PENSION FÜR HINTERBLIEBENE EINGETRAGENE PARTNERINNEN/PARTNER auch den Erhalt einer Geldleistung aus einer österreichischen Unfallversicherung (bzw. Unfallfürsorge) oder Arbeitslosenversicherung **sowie** den Bezug eines österreichischen oder ausländischen Ruhe- oder Versorgungsgenusses aus einem Beamten- oder ähnlichen Dienstverhältnis, eines Ruhebezuges oder einer ähnlichen Pensionsleistung auf Grund einer Dienst(Pensions)ordnung oder einer vertraglichen Pensionszusage eines Dienstgebers **sowie** eine Änderung oder den Wegfall der angeführten Leistungen
- bei Bezug einer WAISENPENSION oder eines KINDERZUSCHUSSES auch die Änderung des Namens oder der Anschrift des Kindes (der Waise), den An- und Wegfall eines Anspruches auf Familienbeihilfe, die Heirat bzw. die Eintragung einer Partnerschaft (den Tod) eines Kindes (der Waise) **sowie** den Beginn einer Präsenz- bzw. Zivildienstleistung, eine Änderung im Einkommen des Kindes (der Waise) bzw. das Ende oder die Unterbrechung des Studiums, der Ausbildung oder der Freiwilligentätigkeit (sofern das Kind / die Waise das 18. Lebensjahr bereits vollendet hat) sowie den Wegfall einer bestehenden Erwerbsunfähigkeit

MELDEN SIE UNS BITTE INNERHALB VON 4 WOCHEN



- jede Änderung in den Voraussetzungen für den PFLEGE GELDBEZUG (zB weitere Geldleistungen wie Blindenzulage u.ä.m.)

Durch rechtzeitige Meldung vermeiden Sie Überbezüge!
Ihre Meldung nimmt jede Dienststelle
der Pensionsversicherungsanstalt entgegen.

Bitte beachten Sie, dass bei verspäteter Meldung zu viel
ausgezahlte Beträge zurückgefordert werden!

GEBÜHRENBEFREIUNGEN

REZEPTGEBÜHR

Von der Rezeptgebühr sind befreit:

- **Ohne Antrag:**
 - Bezieher/innen einer Pension mit Ausgleichszulage
 - Patienten/Patientinnen mit anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten
- **Auf Antrag bei der zuständigen Krankenkasse:**
 - Personen, deren monatliche Nettoeinkünfte den Ausgleichszulage-Richtsatz (siehe Beilageblatt) nicht übersteigen.
 - Für jedes Kind ist ein Erhöhungsbetrag anzurechnen.
 - Personen mit überdurchschnittlichen Ausgaben infolge von Leiden oder Gebrechen, sofern die monatlichen Nettoeinkünfte den „erhöhten“ Ausgleichszulage-Richtsatz (siehe Beilageblatt) nicht übersteigen.
 - Für jedes Kind ist ein Erhöhungsbetrag anzurechnen.
- **Rezeptgebührenobergrenze:**
 - Jede versicherte Person muss nur so lange Rezeptgebühr zahlen, bis im laufenden Kalenderjahr ein Betrag von 2 % des **Jahresnettoeinkommens** erreicht ist. Überschreitet der Aufwand an Rezeptgebühren diesen Betrag, wird diese Person automatisch von der Rezeptgebühr befreit.

Die Rezeptgebührenbefreiung wird über die e-card durchgeführt.

Nähere Auskünfte erteilt die Krankenkasse.

RUNDFUNKGEBÜHREN UND ZUSCHUSSLEISTUNG ZU FERNSPRECHENTGELTEN UND ÖKOSTROMPAUSCHALE

Eine Befreiung von den Rundfunkgebühren bzw. eine Zuschussleistung zu Fernsprechentgelten ist auf Antrag des Pensionsbeziehers bzw. der Pensionsbezieherin bei der GIS (Gebühren Info Service GmbH) grundsätzlich dann möglich, wenn die Summe der monatlichen Nettoeinkünfte aller im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen einen bestimmten Grenzbetrag (siehe Beilageblatt) nicht übersteigt.

Bezieher / Bezieherinnen eines Zuschusses zu den Fernsprechentgelten können sich über Antrag auch von der Entrichtung der Ökostrompauschale und der teilweisen Entrichtung vom Ökostromförderbeitrag befreien lassen.

Nähere Auskünfte erteilt die GIS bzw. die zuständige Telefongesellschaft (Service-Hotline 0810 00 10 80 oder www.gis.at).

ERMÄSSIGUNGEN

ÖBB - VORTEILSCARD SENIOR

Dieser Ermäßigungsausweis für Fahrten mit Bahn oder Bus wird Frauen und Männern nach Vollendung des 63. Lebensjahres ausgestellt.

Die VORTEILScard gilt grundsätzlich für ein Jahr und ermöglicht eine **Ermäßigung des Fahrpreises**. Für Ausgleichszulagenbezieher/innen ist die VORTEILScard kostenlos.

ÖBB - ERMÄSSIGUNG FÜR REISENDE MIT BEHINDERUNG

Der Besitzer / die Besitzerin eines **Österreichischen Behindertenpasses** erhält **50 % Ermäßigung auf ÖBB Standard-Einzeltickets in Österreich**, bei entsprechendem Vermerk im Behindertenpass reisen eine Begleitperson bzw. ein Assistenzhund gratis mit.

Um das Angebot der ÖBB nutzen zu können, wird ein Österreichischer Behindertenpass oder **Schwerkriegsbeschädigtenpass** mit folgenden Angaben benötigt:

- Angabe des Behinderungsgrades von mindestens 70 % **oder**
- Eintrag „Der Inhaber / die Inhaberin des Passes kann die Fahrpreisermäßigung nach dem Bundesbehindertengesetz in Anspruch nehmen“.

Nähere Auskünfte werden im ÖBB-Kundenservice (Tel.: 05-1717) oder unter www.oebb.at erteilt.

Darüber hinaus ist die Gewährung von **weiteren Beihilfen und Ermäßigungen möglich**. Entsprechende Auskünfte über diese regional unterschiedlichen Leistungen erteilen das jeweilige Wohnsitzfinanzamt, Gemeindeamt und Amt der Landesregierung.

BERATUNGS- UND AUSKUNFTSDIENST

Manchmal treten besondere Fragen auf, die die Pensionsversicherung des/der Einzelnen betreffen und daher in dieser Broschüre nicht behandelt werden können.

In diesem Fall werden wir Sie gerne persönlich beraten.

PERSÖNLICHE BERATUNG

In allen Landesstellen können Sie unseren **Auskunfts- und Beratungsdienst** Montag bis Freitag von 7.00 bis 15.00 Uhr in Anspruch nehmen.

In der Landesstelle Wien bieten wir darüber hinaus am Montag und Dienstag von 7.00 bis 16.00 Uhr, jeden Mittwoch und Donnerstag von 7.00 bis 19.30 Uhr und am Freitag von 7.00 bis 15.00 Uhr die Möglichkeit, Auskünfte in Angelegenheiten der Pensionsversicherung zu erhalten.

Zur Vorsprache ist ein Lichtbildausweis als Identitätsnachweis mitzubringen!

TELEFONISCHE AUSKÜNFTE

Unsere **telefonischen Auskunfts- und Beratungszeiten** sind in **allen Landesstellen** Montag bis Donnerstag von 7.00 bis 15.30 Uhr und am Freitag von 7.00 bis 15.00 Uhr.

SPRECHTAGE

In größeren Orten des gesamten Bundesgebietes werden **Sprechtage** abgehalten. Ort und Zeit werden laufend über die Presse und Rundfunk verlautbart und können bei der Hauptstelle, den Landesstellen, den Krankenversicherungsträgern, den Bezirkshauptmannschaften, den Kammern für Arbeiter und Angestellte, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund und über das Internet erfragt werden.

Sollte es Ihnen nicht möglich sein, persönlich vorzusprechen, können Sie sich auch von einer Person Ihres Vertrauens vertreten lassen. Diese Person muss sich jedoch durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen, wenn es sich nicht um Auskünfte allgemeiner Art handelt.

VERSICHERUNGSNUMMER

Der BESCHEID (die VERSTÄNDIGUNG) enthält Ihre „VERSICHERUNGSNUMMER“. Führen Sie bitte diese Versicherungsnummer bei jedem Schriftwechsel mit der Anstalt unbedingt an. Sie ermöglichen dadurch eine raschere Erledigung Ihres Anliegens.

DIENSTSTELLEN

Hauptstelle
Friedrich-Hillegeist-Straße 1
1021 Wien

Telefon 05 03 03
Fax 05 03 03/288 50
E-Mail: pva@pensionsversicherung.at
www.pensionsversicherung.at

Landesstelle Wien
Friedrich-Hillegeist-Straße 1
1021 Wien

Telefon 05 03 03
Fax 05 03 03/288 50
E-Mail: pva-lsw@pensionsversicherung.at

Landesstelle Niederösterreich
Kremser Landstraße 5
3100 St. Pölten

Telefon 05 03 03
Fax 05 03 03/328 50
E-Mail pva-lsn@pensionsversicherung.at

Landesstelle Burgenland
Ödenburger Straße 8
7001 Eisenstadt

Telefon 05 03 03
Fax 05 03 03/338 50
E-Mail pva-lsb@pensionsversicherung.at

Landesstelle Steiermark
Eggenberger Straße 3
8021 Graz

Telefon 05 03 03
Fax 05 03 03/348 50
E-Mail pva-lsg@pensionsversicherung.at

Landesstelle Kärnten
Südbahngürtel 10
9021 Klagenfurt am Wörthersee

Telefon 05 03 03
Fax 05 03 03/358 50
E-Mail: pva-lsk@pensionsversicherung.at

Landesstelle Oberösterreich
Terminal Tower, Bahnhofplatz 8
4021 Linz

Telefon 05 03 03
Fax 05 03 03/368 50
E-Mail: pva-lso@pensionsversicherung.at

Landesstelle Salzburg
Schallmooser Hauptstraße 11
5021 Salzburg

Telefon 05 03 03
Fax 05 03 03/378 50
E-Mail: pva-lss@pensionsversicherung.at

Landesstelle Tirol
Ing.-Etzel-Straße 13
6020 Innsbruck

Telefon 05 03 03
Fax 05 03 03/388 50
E-Mail: pva-lst@pensionsversicherung.at

Landesstelle Vorarlberg
Zollgasse 6
6850 Dornbirn

Telefon 05 03 03
Fax 05 03 03/398 50
E-Mail: pva-lsv@pensionsversicherung.at

WICHTIGER HINWEIS

Warnung vor Betrügern/Betrügerinnen!

Es kommt immer wieder vor, dass Betrüger/innen durch besonders freundliches Verhalten und unter dem Vorwand, von der Pensionsversicherungsanstalt zu kommen, sich das Vertrauen älterer Menschen erschleichen und ihnen Schaden zufügen.

Von der Pensionsversicherungsanstalt beauftragte Personen kommen nur nach vorheriger schriftlicher Bekanntgabe des Termins.

Auch Hausbesuche von Ärzten/Ärztinnen, zB bei Anträgen auf Pflegegeld, werden vorher schriftlich bekannt gegeben.

Deshalb folgender Rat: Ausweis in die Hand geben lassen und prüfen! Wenn Verdacht besteht, dann eine Vertrauensperson oder Nachbarn/Nachbarin beiziehen; keinesfalls Dokumente, Sparbücher oder Geld übergeben; notfalls bei der Pensionsversicherungsanstalt anrufen.

Nähere Informationen zum Thema Trickbetrug sind bei jeder Polizeidienststelle oder im Internet unter www.bmi.gv.at/praevention zu erhalten.

Verleger und Hersteller:
Pensionsversicherungsanstalt
Friedrich-Hillegeist-Straße 1, 1021 Wien Dienststellen





BEILAGEBLATT ZUR BROSCHÜRE „INFORMATION FÜR BEZIEHER/INNEN EINER PENSION“

AUSGLEICHSZULAGE

Der Richtsatz beträgt monatlich	im Jahr 2019 EUR
für Pensionsberechtigte	
auf (vorzeitige) Alters-, Korridor-, Schwerarbeits- und Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension (= Einzelsatz)	933,06
wenn mindestens 360 Beitragsmonate der Pflichtversicherung auf Grund einer Erwerbstätigkeit erworben wurden (= erhöhter Einzelsatz)	1.048,57
wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) bzw. dem/der eingetragenen Partner/in im gemeinsamen Haushalt leben (= Familiensatz)	1.398,97
Richtsatzerhöhung für jedes Kind, dessen Nettoeinkommen den Betrag von EUR 343,19 nicht erreicht	143,97
für Pensionsberechtigte auf Witwen(Witwer)pension und auf Pension für hinterbliebene eingetragene Partner/innen	933,06
für Pensionsberechtigte auf Waisenpension	
bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	343,19
falls beide Elternteile verstorben sind	515,30
nach Vollendung des 24. Lebensjahres	609,85
falls beide Elternteile verstorben sind	933,06
Bei der Berücksichtigung des Nettoeinkommens für die Ermittlung der Ausgleichszulage	
beträgt der Wert der vollen freien Station monatlich	294,65
bleibt bei Lehrlingsentschädigungen monatlich der Betrag von	225,50
außer Betracht	
bleiben Zinsen- und Kapitalerträge nach Abzug der Kapitalertragsteuer außer Betracht, wenn die Erträge im Kalenderjahr den Betrag von	60,—
nicht übersteigen.	

PFLEGE GELD Die Höhe des Pflegegeldes richtet sich nach dem Pflegebedarf.

STUFE	durchschnittlicher Pflegebedarf im Monat mehr als	Höhe (monatlich) im Jahr 2019
1 *	65 Stunden	EUR 157,30
2	95 Stunden	EUR 290,—
3	120 Stunden	EUR 451,80
4	160 Stunden	EUR 677,60
5	180 Stunden und außergewöhnlicher Pflegeaufwand	EUR 920,30
6	180 Stunden und zeitlich unkoordinierbare Betreuungsmaßnahmen während des Tages und der Nacht oder dauernde Anwesenheit einer Pflegeperson	EUR 1.285,20
7	180 Stunden und keine zielgerichteten Bewegungen der Arme und der Beine möglich oder gleichzuachtender Zustand	EUR 1.688,90

* Stufe 1 bei Zuerkennung vor dem 1.5.1996: EUR 207,20

Vom Erhöhungsbetrag der Familienbeihilfe für erheblich behinderte Kinder ist ein Teilbetrag von EUR 60,- anzurechnen.

BEITRAG ZUR KRANKENVERSICHERUNG

Ab Oktober 2011 ist auch von einer - mit einer inländischen Pensionsleistung vergleichbaren - **ausländischen Pension bzw. Rente** ein Beitrag zur österreichischen Krankenversicherung im Ausmaß von 5,1 % zu entrichten, sofern ein Anspruch auf Leistungen aus der österreichischen Krankenversicherung besteht.

Ausgenommen sind lediglich Waisenpensionen.

Hinweis: In der Regel wird der Beitrag automatisch von der Pension abgezogen. Übersteigt der Beitrag die Höhe der österreichischen Pensionsleistung, hat die zuständige Krankenversicherung die Beitragseinhebung in Form eines Differenzbetrages vorzunehmen.

INVALIDITÄTS- BZW. BERUFSUNFÄHIGKEITSPENSION

Übersteigt bei Bezug einer Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension das monatliche Gesamteinkommen brutto EUR 1.220,01 im Jahr 2019, ist die Vollpension um einen Anrechnungsbetrag zu vermindern. Der Anrechnungsbetrag setzt sich aus Teilen des Gesamteinkommens zusammen, wobei

- **im Jahr 2019** für Gesamteinkommensteile von
 - über EUR 1.220,01 bis EUR 1.830,08 30 %
 - über EUR 1.830,08 bis EUR 2.440,01 40 % und
 - über EUR 2.440,01 50 %

dieser Gesamteinkommensteile anzurechnen sind. Der Anrechnungsbetrag darf jedoch weder 50 % der Vollpension noch das Erwerbseinkommen übersteigen.

GERINGFÜGIGKEITSGRENZE

im Jahr 2019

- Grenzwert des Erwerbseinkommens für den Anfall einer vorzeitigen Alterspension, Korridor- oder Schwerarbeitspension monatlich EUR 446,81

GRENZBETRAG

für dem Erwerbseinkommen gleichgestellte Bezüge öffentlicher Funktionäre monatlich **EUR 4.376,13**

GEBÜHRENBEFREIUNGEN

Rezeptgebühr

- **Ohne Antrag** sind von der Rezeptgebühr befreit:
 - Bezieher/innen einer Pension mit Ausgleichszulage
 - Patienten/Patientinnen mit anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten
- **Auf Antrag** bei der zuständigen Krankenkasse sind befreit:
 - Personen, deren monatlichen Nettoeinkünfte den Ausgleichszulage-Richtsatz (siehe Seite 1 ausgenommen erhöhter Einzelrichtsatz) nicht übersteigen
 - Personen mit überdurchschnittlichen Ausgaben infolge von Leiden oder Gebrechen, sofern die monatlichen Nettoeinkünfte den nachfolgend angeführten Ausgleichszulage-Richtsatz nicht übersteigen:
 - für Alleinstehende EUR 1.073,02
 - für Alleinstehende mit erhöhtem Einzelrichtsatz EUR 1.205,86
 - für Ehepaare/Lebensgemeinschaften EUR 1.608,82
 - Erhöhungsbetrag für jedes Kind EUR 143,97

Nähere Auskünfte erteilt die Krankenkasse.

Rundfunkgebühren und Zuschussleistung zu Fernsprechentgelten, Befreiung von der Ökostrompauschale

Ein Antrag auf eine Befreiung von der Rundfunkgebühr, eine Zuschussleistung zu Fernsprechentgelten (gilt jedoch nicht bei allen Telefonanbietern), eine Befreiung von der Ökostrompauschale sowie der teilweisen Entrichtung vom Ökostromförderbeitrag kann bei der GIS – **Gebühren Info Service** – gestellt werden. Dabei ist nachzuweisen, dass die Summe der monatlichen Nettoeinkünfte aller im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen den nachfolgend angeführten Grenzbetrag im Jahr 2019 nicht übersteigt:

- für Alleinstehende	EUR 1.045,03
- für zwei Personen	EUR 1.566,85
- Erhöhungsbetrag für jede weitere Person	EUR 161,25

Als Haushalts-Nettoeinkommen gilt: Summe sämtlicher Einkünfte abzüglich gesetzlich geregelter Abzüge, Pflegegeld, Unfallrente, Kriegsofopfer-, Heeresversorgungs-, Opferfürsorge- und Verbrechensofopferrenten sowie Leistungen auf Grund des Familienlastenausgleichsgesetzes und Impfschadengesetzes; unter besonderen Bedingungen können auch Hauptmietzins und anerkannte außergewöhnliche Belastungen im Sinne des Einkommensteuergesetzes berücksichtigt werden.

Im Falle einer positiven Erledigung erhalten Sie einen Befreiungsbescheid/Gutschein, der für maximal 36 Monate gilt. Dieser Bescheid/Gutschein ist so rasch wie möglich an den von Ihnen gewählten Telefonanbieter zu schicken.

Antragsformulare erhalten Sie in Gemeindeämtern, magistratischen Bezirksämtern bzw. Bürgerdienst-Bezirksstellen der Stadt Wien, Raiffeisenbanken oder direkt bei der GIS.

Nähere Auskünfte erteilt die GIS bzw. die zuständige Telefongesellschaft (Service-Hotline 0810 00 1080 oder www.gis.at).

ERMÄSSIGUNGEN (ÖBB)

Mit der VORTEILScard Senior für Frauen und Männer ab dem vollendeten 63. Lebensjahr kann man vergünstigt mit dem Zug reisen.